

kannt, daß in vielen kleinen Orten die Jahrmärkte jetzt fast noch das einzige Mittel sind, um die Waaren der einheimischen Professionisten abzusetzen. Würden in manchen Städten die Jahrmärkte aufgehoben, so würden die Handwerker in ihrer Nahrung sehr verkürzt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Städte sich gegen den Gewerbetrieb auf dem Lande erklärt hätten, während doch die Jahrmärkte bei weitem größern Abbruch thäten. Ich glaube recht gern, daß das Interesse der Gewerbetreibenden auf dem platten Lande verlangt, daß die Jahrmärkte in den Städten so viel als möglich vermindert und beschränkt werden; allein im Interesse der Städte und der städtischen Meister ist es ganz gewiß nicht. Denn natürlich, wird der Landmann verhindert, auf die Jahrmärkte zu gehen, so wird künftig das platte Land diejenigen Gegenstände, welche jetzt in den Städten gefertigt werden, gar nicht mehr in den Städten fertigen lassen, sondern diese Gegenstände werden von den Handwerkern auf dem platten Lande für den Landmann und das Gesinde gefertigt werden. Also im Interesse der Städte kann es nicht sein. Es wurde gesagt, den Gewerbetreibenden gingen durch den Besuch der Jahrmärkte viele Arbeitstage verloren. Wer die Verhältnisse der Handwerker, welche die Jahrmärkte besuchen, kennt, wird kaum die Ansicht, die hier ausgesprochen worden ist, theilen. Denn es muß ein Schuhmacher oft, um nur ein Beispiel anzuführen, viele Stunden weit gehen, um ein Paar neue Stiefeln zu verkaufen. Die Zeit geht ihm also nicht verloren; denn was soll er machen, wenn er zu Hause keine Bestellung und kein Geld hat? Hat er einige Stücke fertig, so muß er sie zu verkaufen suchen. Sie müssen sich vorstellen, daß oft in einer unbedeutenden Stadt 100 Genossen von einem und demselben Handwerke sind. Wie ist es möglich, daß in einer Stadt nach den Erzeugnissen eines Gewerbes so viel Bedarf sei, um alle diese Handwerker zu beschäftigen? Deshalb darf man darauf keinen besondern Werth legen, daß ein Handwerker vielleicht einen Tag Zeit verliert, wenn er einen Jahrmarkt besucht. Das ist unumgänglich nothwendig, und bei den geringen Mitteln, die der Handwerker braucht, ist der Aufwand, welchen er hierbei macht, nicht bedeutend. Es wurde ferner bemerkt, es seien viele Marktzieher zeither bankrott geworden. Dies ist möglich; ich will es nicht bestreiten. Daß aber in dem Besuche der Jahrmärkte die Ursache hiervon liegen solle, muß ich sehr bezweifeln. Jedenfalls hat es in den persönlichen Verhältnissen des Gewerbetreibenden seinen hauptsächlichsten Grund. Natürlich, wenn ein unbemittelter Gewerbsgenosse das Seine nicht zusammenhält, kann er bankrott werden, wenn er auch nicht die Jahrmärkte bezieht. Was von dem Gesinde gesagt worden ist, will ich nicht bestreiten. Es ist wohl richtig, daß dadurch den Dienstherrschaften mancher Tag verloren geht. Wir wollen aber nicht vergessen, daß dem Gesinde schon mancher Feiertag entzogen worden ist, wir wollen nicht vergessen, daß die arbeitende Classe auch einen Erholungstag haben will. Es ist in den meisten Gegenden hergebracht, daß, wenn in dieser oder jener nahen Stadt Jahrmarkt ist, das Gesinde einen oder einen halben Tag frei hat.

Ich kann nicht wünschen, daß ein solches Herkommen gänzlich aufgehoben werde. Es wäre in der That hart, wollte man gerade gegen die ärmere Classe der Staatsbürger, die ohnehin gedrückt ist, den Druck noch verschärfen. Würde ferner bemerkt, daß die marktbesuchenden Gewerbetreibenden zur Unzucht verführt würden, so ist mir das etwas ganz Neues gewesen. Ich habe geglaubt, daß die Gewerbetreibenden, welche die Jahrmärkte besuchen, nur im Interesse ihres Berufs und Gewerbes auf die Jahrmärkte gehen. Gibt es Ausnahmen davon, so möge man sie nicht in zufälligen Umständen, sondern eben gerade in den persönlichen Leidenschaften, die auch ohne die Jahrmärkte Befriedigung finden würden, suchen. Deshalb muß ich mich sowohl gegen den ersten Antrag der Deputation, als auch insbesondere gegen den zweiten erklären, indem dieses Gutachten ganz gegen das Interesse der Städte gerichtet ist. Es ist eine einzige Petition von einer einzigen Stadt in dieser Beziehung eingegangen. Nur die Stadt Leisnig hat auf Verminderung der Jahrmärkte angetragen. Ich kenne zwar die Verhältnisse von Leisnig persönlich nicht genau; allein nach dem, was ich auf Erkundigung gehört habe, besitzt Leisnig einen sehr starken Wochenmarkt, wodurch die Landleute ohnehin die dortigen Gewerbetreibenden in volle Nahrung setzen. Die dortigen Gewerbetreibenden haben ein Interesse, daß die Jahrmärkte gerade in ihrer Stadt in Wegfall kommen, oder vermindert werden, damit der Absatz ihnen ganz allein verbleibt. Dies ist gegen das Interesse der Käufer, und wir wollen doch auch auf diese Rücksicht nehmen, um ihnen eine reiche Auswahl unter den Waaren zu verschaffen.

Staatsminister v. Falkenstein: Es ist nicht meine Absicht, den Bericht gegen die mannichfachen Einwendungen und Vorwürfe, die man ihm gemacht hat, besonders in Schutz zu nehmen. Ich glaube, der Inhalt desselben giebt klar an die Hand, daß es in der That kaum möglich ist, ihn im Wesentlichen anders zu fassen, als er gefaßt ist, und eben in der Sache selbst das liegt, was der Abgeordnete D. Schaffrath farblos nennt. Ich lasse dahingestellt, ob farblos oder zu grell gefärbt vorzuziehen ist. So viel ist gewiß, daß die ganze Angelegenheit einen Gegenstand betrifft, der eigentlich kaum durch eine Petition, wie sie an die Stände gebracht worden ist, hervorgerufen zu werden brauchte. Denn nach den Grundsätzen, welche bereits bei der Discussion in der ersten Kammer ausgesprochen worden sind, und von denjenigen Mitgliedern der Kammer, die bis jetzt das Wort gehabt haben, als von der Regierung festgehalten anerkannt worden sind, wird die Regierung nur in solchen Fällen, wo ein wirkliches Bedürfnis vorhanden ist, neue Concessionen ertheilen. Daß eine sofortige Entziehung der bereits gegebenen Concessionen für die Jahrmärkte nicht stattfinden wird, nun, meine Herren, das liegt in der Natur der Sache, und ist auch hier keineswegs beantragt worden. Es ist also allerdings, und darin muß ich dem Abgeordneten D. Schaffrath vollständig Recht geben, ganz gleichgültig, ob diese Anträge angenommen werden oder nicht. Die Regierung wird auf dem